2021/17 Geschichte

https://www.jungle.world/artikel/2021/17/vorgeschichte-einer-niederlage

Der Matrosenaufstand von Kronstadt und seine Glorifizierung in der radikalen Linken

Vorgeschichte einer Niederlage

Von **Hannes Giessler Furlan**

Vor gut 100 Jahren schlug die Rote Armee den Kronstädter Matrosenaufstand nieder. Das Rätesystem der Matrosen wird in der radikalen Linken noch immer glorifiziert.

Der Aufstand hatte sich angebahnt. Über den ganzen Winter 1920/1921 hatten bewaffnete Bauerntruppen rebelliert. Im Februar 1921 war es dann in Moskau zu Arbeiterstreiks und Manifestationen gekommen. Bald hatten die Unruhen auch Petrograd ergriffen, das frühere Sankt Petersburg und spätere Leningrad. Von dort aus sprang der Funke auf Kronstadt über, jene Petrograd vorgelagerte Insel- und Garnisonsstadt, in der damals etwa 50 000 Militärangehörige und Bedienstete stationiert waren. Die Matrosen, überwiegend aus dem Bauerntum stammend, beriefen einen Rat ein und wagten den Aufstand gegen die Bolschewiki.

> Das Rätesystem in Kronstadt bestand hauptsächlich aus einem Soldatenrat und konnte sich nur zwei Wochen lang beweisen.

Seither wird in der radikalen Linken insbesondere die Rätedemokratie der Kronstädter glorifiziert: In ihr habe sich die wahre Revolution nochmals gezeigt, nachdem sie in den Jahren nach 1917 von den Bolschewiki niedergedrückt worden war. Was unbedacht bleibt: Das Rätesystem war nicht nur Opfer, sondern auch eine Machtbasis der Bolschewiki gewesen. Dass Leo Trotzki den Kronstädter Matrosen 1917 zugerufen hatte, sie seien der »Ruhm und Stolz der Revolution«, war nicht von ungefähr gekommen.

Die Räte waren im Revolutionsjahr Zusammenkünfte, die im Laufe des Jahres und in den Wirren der sich überstürzenden Ereignisse teils blieben, was sie waren, teils aber auch verschwanden oder sich in Verwaltungs- und Parteiorgane verwandelten. Ihre Ausrichtung war oft eine Frage der Hartnäckigkeit. Die Kader der Parteien waren ziemlich geübt darin, bei den Treffen Einfluss zu gewinnen, während die arbeitende Bevölkerung immer öfter fernblieb, je routinierter die Abläufe, langwieriger die Diskussionen und verbissener die Parteikämpfe wurden.

Allenthalben bildeten sich 1917 Räte, spontan und nach Bedarf. Die Bolschewiki beteiligten sich fleißig und hörten damit auch nach der Oktoberrevolution nicht auf: »Rat der Volkskommissare« nannten sie ihr Ministerkabinett. Während sie »Alle Macht den Räten!« skandierten, lösten sie die im November 1917 von der Bevölkerung gewählte Konstituierende Versammlung Anfang 1918 auf. Lenin begründete dies in seinen im Dezember 1917 veröffentlichten »Thesen über die Konstituante« damit, »dass die Republik der Sowjets eine höhere Form der Demokratie ist als die gewöhnliche bürgerliche Republik mit der Konstituierenden Versammlung«. Im Grunde war das Motiv wohl niederträchtiger: Die Bolschewiki hatten die Novemberwahlen verloren und eine gewaltige Mehrheit gegen sich.

Während der Streiks wurde 1921 die Forderung laut, die Konstituierende Versammlung wiedereinzusetzen. So hieß es in einem Pamphlet, das von den »Sozialistischen Arbeitern aus dem Newa-Viertel« unterzeichnet und in Petrograd verklebt worden war: »Nieder mit den Kommunisten! Nieder mit der Sowjetregierung! Lang lebe die Konstituierende Versammlung!« Die Forderung, die Konstituante wiedereinzusetzen, tauchte aber in der sogenannten Petropawlowsk-Resolution (benannt nach dem gleichnamigen Schlachtschiff) der Kronstädter Matrosen vom 28. Februar 1921 nicht auf. Das hatte Gründe: Die Matrosen hatten drei Jahre zuvor geholfen, ebendiese Versammlung aufzulösen, und die Bolschewiki zuweilen an Unerbittlichkeit übertrumpft, zum Beispiel als einige von ihnen im Januar 1918 in ein Militärkrankenhaus in Petrograd eindrangen und die bürgerlichen Politiker Fjodor Kokoschkin und Andrej Schingarjow, die als sogenannte Volksfeinde verhaftet worden waren, erschossen, bevor diesen der Prozess gemacht werden konnte.

Abgesehen vom Ruf nach Parlamentarismus griffen die Kronstädter Matrosen die Forderungen der Streikenden im Wesentlichen auf: Presse- und Versammlungsfreiheit, Abschaffung der Vorzugsrationen für Beamte, Zulassung freier Märkte und Gewerbe, sofern die ökonomische Tätigkeit nicht auf Ausbeutung fremder Arbeitskraft beruht. Was ihnen vorschwebte, richtete sich gegen kapitalistische Ausbeutung und bewegte sich im Rahmen sozialistischer Ideen, war aber nicht kommunistisch. Leninistisch gesagt: Sie unterstützten mit ihren Forderungen nach Handels- und Gewerbefreiheit die »kleinbürgerliche Hydra« (Lenin), die schwerer zu besiegen ist als das Großkapital.

Lenins Behauptung, dass aus Kleinproduktion automatisch Kapitalismus folge, lässt sich mit Marx zwar nicht begründen. Aber dass Kleinproduktion, ob nun urtümlich oder bürgerlich, hinderlich für den Kommunismus sei, darin waren sich Marx, Engels, Plechanow, Kautsky, Luxemburg, Lenin, Trotzki, Bordiga und Stalin weitgehend einig. Richtung Kommunismus müssten nicht nur kapitalistische Verhältnisse überwunden werden, sondern auch ur- und volkstümliche Produktionsweisen samt ihren neueren, sozialistischen Abbildern.

Marx bekämpfte ein solches Abbild in Gestalt von Proudhons Vorstellung einer sozialistischen Warenproduktion, der junge Lenin bekämpfte die Narodniki (Volkstümler) und deren Verherrlichung der altrussischen Dorfgemeinde. Um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, so die Idee, bedürfe es moderner Großbetriebe. Nur in diesen könne die Produktivität ein Niveau erreichen, das es der Gesellschaft erlauben werde, nicht von der Hand im Mund leben zu müssen.

Karl Kautsky legte das 1922 in »Die Proletarische Revolution und ihr Programm« im Hinblick auf Deutschland dar: Der Großbetrieb ernähre durchschnittlich fünf Personen pro Hektar, der Klein- und Mittelbetrieb nur zwei. Würde Sozialismus die Rückkehr zur kleinbäuerlichen Wirtschaftsweise bedeuten, so könnten in Deutschland statt 23 Millionen Menschen nur noch neun Millionen ernährt werden.

Unterschiedliche Auffassungen gab es in Hinblick auf die Strategie der Sozialisierung. Wie soll die Bauernschaft in den Kommunismus hineingezogen werden? Marx sprach sich für die Nationalisierung der Böden und Parzellen aus und widersprach der Genossenschaftsidee. In »Über die Nationalisierung des Grund und Bodens« schrieb er 1868: »Das Land an assoziierte Landarbeiter zu übergeben, würde heißen, die ganze Gesellschaft einer besonderen Klasse von Produzenten auszuliefern.«

Engels argumentierte 1894 in »Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland« moderater. Genossenschaften seien zwar nicht der Weisheit letzter Schluss, aber ein probates Mittel, um die Bauernwirtschaften in den Kommunismus zu überführen. Kautsky fügte die Idee hinzu, den Boden zu nationalisieren und die Pachtverträge so zu fassen, dass die Gehöfte und Felder langsam, aber sicher in kommunistische Produktionsverhältnisse hineingezogen würden.

In Russland, gemäß der Rückständigkeit seiner Wirtschaft, hatten sich die marxistischen Debatten noch öfter als im Westen um agrarpolitische Fragen gedreht. Und dann das: 1917 war es nicht nur zur bürgerlichen Februar- und sozialistischen Oktoberrevolution in den Städten gekommen, sondern in der Zwischenzeit auf dem Land auch noch zu einer gewaltigen kleinbäuerlichen Revolution. Die Bauernschaft hatte Landadel und Landbourgeoisie enteignet und deren Land unter sich aufgeteilt. So waren 20 Millionen Bauernwirtschaften entstanden, also Zwergwirtschaften. Diese waren nach entbehrungsreichen Jahren weitgehend auf Selbstversorgung aus, wirtschafteten also nicht nach dem Motto: »Brot für alle!« Das hemmte die Entwicklung der Gesellschaft und gefährdete das Überleben der Stadtbevölkerung.

Die Bolschewiki hatten vor der Oktoberrevolution auf dem Land so getan, als unterstützten sie das bäuerliche Treiben, hielten aber eigentlich an der Sozialisierung der Landwirtschaft fest. Unmittelbar nach der Revolution sahen sie sich außerstande, die landwirtschaftliche Produktion zu sozialisieren. Um die Städte und die Rote Armee mit Nahrungsmitteln zu versorgen, verlegten sie sich zunächst darauf, ausreichend landwirtschaftliche Produkte zu sozialisieren, indem sie Abgaben verlangten und mit Hilfe einer »Lebensmittelbeschaffungsarmee« (Lenin) eintrieben.

Da die Bauernwirtschaften ihre Überschüsse hatten abgeben müssen, blieb ihnen nichts, was sie in die Reparatur oder Aufstockung ihrer Produktionsmittel hätten investieren können. So verfielen sie, die Produktivität nahm ab. Eine Dürre 1920 kam dazu. Bauernaufstände brachen aus, Hunger war die Folge, auf dem Land wie in den Städten. Im Januar 1921 wurden die Brotrationen in den Städten um ein Drittel gekürzt.

Daraufhin kam es zu den Streiks in Moskau und Petrograd. Lenin und Genossen reagierten und beschlossen auf dem X. Parteitag der Bolschewiki, der am 8. März begann, das Ende des Kriegskommunismus und den Beginn einer Neuen Ökonomischen Politik (NÖP). Die

Nachrichten darüber verbreiteten sich schnell und beruhigten die Situation auf dem Land und in den Städten. Die NÖP enthielt zwar keine politischen, aber ökonomische Konzessionen: mehr Handels- und Gewerbefreiheit sowie Steuern statt Requisitionen.

Als die Rote Armee wenig später unter dem Oberbefehl Trotzkis den Kronstädter Aufstand niederschlug, waren die Streiks in Moskau und Petrograd bereits vorbei. Tausende Überlebende aus Kronstadt schafften es nach Finnland, Tausende andere wurden hingerichtet oder in Arbeits- und Internierungslager gesteckt.

Mut und Opfer der Matrosen in allen Ehren; ihr Aufstand setzte ein Zeichen gegen das Regime. Aber er stand für keine Utopie. Dazu waren die Forderungen zu mager. Das Rätesystem hatte sich 1917 nicht als höhere Form der Demokratie erwiesen, sondern als Vorwand für die Bolschewiki, Demokratie in ihrer grundlegenden Form zu beseitigen. Was 1921 in Kronstadt aus dem Rätesystem geworden wäre, steht dahin. Es bestand hauptsächlich aus einem Soldatenrat und hatte sich nur zwei Wochen lang beweisen können, in einer Garnisonsstadt, die nicht produzierte, sondern kämpfte.

© Jungle World Verlags GmbH